

## Frieden fördern durch Diskurs!

Evangelische Akademien etablieren und pflegen Diskurse auf dem Weg des Friedens in der Absicht, gerechte und nachhaltige Friedensprozesse zu fördern. Sie tun dies grundsätzlich multiperspektivisch und in der gebotenen interdisziplinären Fachlichkeit. Sie tun dies kritisch, indem sie hinterfragen, was im Bereich von Friedens- und Sicherheitspolitik die Wahrnehmung von „Verantwortung“ bedeutet und welche „Interessen“ gemeint sind, wenn von der Wahrung der je eigenen Interessen die Rede ist. Sie tun dies auch als Anwalt der zivilen Dimension des friedensstiftenden Handelns, der in der Friedensdenkschrift der EKD von 2007<sup>1</sup> ein grundsätzlicher Vorrang vor militärischen Wegen der Friedenssicherung eingeräumt wird.

1. "[M]ehr Kriege, mehr Krisen, und eine abnehmende Fähigkeit der internationalen Gemeinschaft, Frieden und Sicherheit in der Welt zu gewährleisten", das Fazit des Friedensgutachtens der großen deutschen Friedensforschungsinstitute in 2018 fällt düster aus<sup>2</sup>. Die aktuellen geopolitischen Entwicklungen, die Gleichzeitigkeit und Unübersichtlichkeit von Krisen und Konflikten, das Aufbrechen multilateraler Strukturen stellt auch Friedensethik immer öfter zwischen „Dringlichkeit“ und „Grundsätzlichkeit“. Das öffentliche Interesse an Information und Interpretation ist einerseits gewachsen. Laut repräsentativen Umfragen (z.B. der Körber-Stiftung<sup>3</sup>) haben mehr als zwei Drittel der Deutschen ein „starkes“ bzw. „sehr starkes“ Interesse an Außenpolitik. Andererseits befindet sich Deutschland in diesem Politikfeld in einem „diskursiven Wachkoma“, so hat Außenminister Heiko Maas die aktuelle Situation gekennzeichnet. Als Ausweg will er die Bundesregierung verpflichten, „den Menschen [zu] verdeutlichen, dass wir für unsere Interessen eintreten müssen“<sup>4</sup>. Die Frage, welches „unsere Interessen“ sind, bleibt aber nach wie vor weitgehend offen und zu klären.

2. Wer Verständnis für das eigene politische Handeln erzielen will, der muss die Menschen auch erreichen. Wer mehr Verantwortung in der Welt übernehmen will, der muss zuerst seine Interessen klären, seine Strategien definieren, seine Instrumente überprüfen – und dies dann vor allem erklären können. Das Interesse an außen- und sicherheitspolitischer Orientierung ist nicht zu leugnen, wie die schon angesprochenen Umfragen belegen. Diskurse mit Expert\*innen (Think Tanks, Politik, Zivilgesellschaft, etc.) allein reichen hier jedoch nicht aus, um das berechtigte Interesse an mehr Informationen und Orientierung zu befriedigen. Dies spiegelt sich auch in den Diskursen innerhalb der Kirchen wider. Mit dem Beharren auf normativen Positionen können längst nicht mehr die gegenwärtigen friedensethischen Herausforderungen differenziert diskutiert und ein belastbares Urteil gefällt werden. Der mit der 2007 in der Friedensdenkschrift der EKD formulierte friedensethische Konsens bedarf angesichts der rasanten globalen Entwicklungen einer konsequenten und stetigen Überprüfung und Neujustierung. Daher ist es von zentraler Bedeutung, dass sich die EKD in einem zweijährigen Vorbereitungsprozess und dann bei ihrer „Friedens-Synode“ im Herbst 2019 den anstehenden friedens- und sicherheitspolitischen Fragen stellt.

3. Der Ruf nach einfachen Antworten auf immer komplexere Fragen ist verständlich. Doch Komplexität erfordert mehr als Interviews, Statements oder Policy Papers: Der Kommentar des

---

\* Bei dem vorliegenden Text handelt es sich um ein Positionspapier der Evangelischen Akademien in Deutschland zu ihrem aktuellen Diskursprojekt „Ohne nachhaltige Entwicklung kein Frieden“.

<sup>1</sup> Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen. EKD 2007.

<sup>2</sup> Friedensgutachten 2018. Zitat: Stellungnahme der herausgebenden Institute, Bundespressekonferenz 12.06.2018, <https://www.friedensgutachten.de/ueber-uns> (01.02.2019).

<sup>3</sup> Einmischen oder zurückhalten? Körber-Stiftung 2018.

<sup>4</sup> Zit. nach von Marschall 2018, 237.

Friedensbeauftragten des Rates der EKD und des Evangelischen Militärbischofs zum „Weißbuch“ (2016) hat nichts an Aktualität eingebüßt. Gemeinsam haben sie auf den unlösbaren Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden und die sich daraus ergebende Zielbestimmung für einen öffentlichen Diskurs zur strategischen Ausrichtung deutscher Friedenpolitik hingewiesen: „Wir vermissen aber eine ausreichende Analysetiefe in Bezug auf die sozialen und ökonomischen Asymmetrien der Globalisierung ... Wir brauchen in Deutschland dringend eine in unserer Gesellschaft verankerte ... Debatte darüber, welche politischen Konzepte in Fragen von Frieden und Sicherheit zukunftsweisend sind“. Damit ist eine doppelte Zielbestimmung vorgegeben: Friedensethische Diskurse sind notwendig für die ethische Orientierung von Christinnen und Christen. Sie weisen darüber hinaus auf eine allgemeine Ethik des Politischen, die Impulse für die gesellschaftlichen Diskurse einfließen lässt. Kirchen haben hier eine wichtige Rolle und leisten in einer Demokratie einen wesentlichen Beitrag zur Meinungsbildung und Entscheidungsfindung.

4. Für Demokratien sind Öffentlichkeit, Beteiligung und Diskussion konstitutiv. Freiheit und Verantwortung gehören dabei untrennbar zusammen. Der Wert und die Resilienz einer Demokratie entscheiden sich auch an ihrer Konflikt- und Konsensfähigkeit<sup>5</sup>. Weltweit nehmen die Handlungsspielräume für die Zivilgesellschaften ab. In einer grundlegenden Studie hat Brot für die Welt<sup>6</sup> auf den wechselseitigen Einfluss von gesellschaftlichen Freiheiten und Entwicklung hingewiesen. Der weltweite Trend des „shrinking space“ ist nicht allein ein Problem des globalen Südens, auch in Europa ist er zunehmend zu beobachten. Auseinandersetzung braucht Orte, Räume und Regeln. Evangelische Akademien wollen nach ihrem Selbstverständnis und Auftrag solche Räume bieten, sie wollen Diskursakteur für die Kirchen nach innen und ein Raum für gesellschaftliche Diskurse sein. Aus protestantischer Perspektive wollen Akademien politische, gesellschaftliche und ethische Grundfragen offen und plural ins Gespräch bringen: „die Chancen der Reflexion von und des Ausgleichs zwischen Interessen und Machtpositionen stärken, die Wahrscheinlichkeit der blinden Reproduktion des Vorhanden verringern“<sup>7</sup>. Dabei spielen neben den traditionellen Formaten aktuelle Kommunikationsformen und -mittel eine wichtiger werdende Rolle. Zunehmende mediale und digitale Diversifizierung ist Anspruch und Chance zugleich.

5. Die Evangelischen Akademien in Deutschland haben 2012 auf die Tatsache, dass ein bis dahin breit geführter und öffentlicher Diskurs zu außen- und sicherpolitischen Fragen in Deutschland nicht stattfand, mit einem langfristig angelegten Diskursprojekt „...dem Frieden der Welt zu dienen“<sup>8</sup> reagiert. Zum Abschluss der zweiten Projektphase in 2018 zeigte sich, dass die Diskurse in Teilöffentlichkeiten (überwiegend Expert\*innen aus Kirche, Politik, Wissenschaft, Militär und Zivilgesellschaft) deutlich befördert werden konnten. Parallel reagierte auch die Bundesregierung mit eigenen öffentlichen Diskursforen (Review- und PeaceLab-Prozess im Auswärtigen Amt), die intensiv kritisch begleitet wurden und deren aktuelle Umsetzung die Themengestaltung von Akademieveranstaltungen weiter beeinflusst. Der beschriebene Wandel zu mehr Diskursbereitschaft bildet sich auch im Laufe des Projekts ab: In den bislang fast 100 durchgeführten verschiedenen Veranstaltungsformaten (Diskurstagungen, Workshops mit geladener Fachöffentlichkeit, Abendforen für ein breit interessiertes Publikum und die geschlossenen Fachgespräche zwischen Spitzenvertreter\*innen aus Kirche und Politik) ist es gelungen, dass sich unterschiedliche Akteure offen und vertraulich begegnen konnten und so ein Klima des wechselseitigen Verständnisses für

---

<sup>5</sup> Konsens und Konflikt. EKD 2017.

<sup>6</sup> Atlas der Zivilgesellschaft. Brot für die Welt 2018.

<sup>7</sup> Diskurskultur. Evangelische Akademien in Deutschland 2012, 5f.

<sup>8</sup> „...dem Frieden der Welt zu dienen“. Evangelische Akademien in Deutschland 2015.

zum Teil sehr kontroverse Positionen gewachsen ist. Als ein Erfolg ist hervorzuheben, dass sich die sicherheitspolitische Community mit friedenspolitischen Akteuren aus Kirche und Zivilgesellschaft verständigen und aufeinander Bezug nehmen konnten.

6. Die Friedensforscher\*innen fordern in ihrem Gutachten (2018) zu mehr außenpolitischem Engagement auf. Sie raten der Berliner Politik dringend und vor allem zum verstärkten gemeinsamen Handeln in Europa: „Wir brauchen ein aktives Konfliktmanagement in Europa. Dazu ist ein gesamteuropäischer Diskurs notwendig, der die europäische Friedensordnung mittelfristig wieder auf ihre normativen Grundlagen wie Demokratie und Menschenrechte hin ausrichtet“<sup>9</sup>. Dass die Zukunft der Menschheit nicht alleine von „Frieden und Sicherheit“ im vordergründigen Sinn abhängig ist, wird spätestens seit den massiven Fluchtbewegungen wie auch den ökonomischen und ökologischen Herausforderungen deutlich. Nationale, vor allem europäische und internationale Politik müssen dies neu lernen. Die Vereinten Nationen (VN) haben mit der Verabschiedung der „Agenda 2030“ (2015) und den darin enthaltenen nachhaltigen Entwicklungszielen (Sustainable Development Goals/SDGs) einen qualitativ neuen globalen Orientierungsrahmen geschaffen. Es geht dabei um nichts weniger als eine große Transformationsaufgabe, zu der sich die Länder des Nordens ebenso wie die des Südens verpflichtet haben. Nur auf der Grundlage eines integrierten Ansatzes können und sollen die Probleme dieser Welt angegangen werden. Gerechtigkeit und Frieden spielen dabei eine entscheidende Rolle: „Wir sind entschlossen, friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu fördern, die frei von Furcht und Gewalt sind. Ohne Frieden kann es keine nachhaltige Entwicklung geben und ohne nachhaltige Entwicklung keinen Frieden“<sup>10</sup>. Deutschland ist Teil dieses ambitionierten Prozesses – es kann und sollte eine Vorreiterrolle übernehmen.

7. 2019 wird ein entscheidendes Jahr für die Bedeutung der Friedensdimension in den nachhaltigen Entwicklungszielen (SDGs) werden. Die Überprüfung des Ziels 16, für friedliche, gerechte und inklusive Gesellschaften zu sorgen, steht u.a. auf der Agenda des High Level Political Forum der Vereinten Nationen, das im Juli in New York stattfindet. Angesichts der Krise des Multilateralismus und der damit verbundenen Schwäche der VN und ihrer Institutionen, werden weitergehende Fortschritte überhaupt nur dann zu erzielen sein, wenn auch Deutschland die ambitionierte und visionäre Kraft der Agenda 2030 noch stärker als bisher in den Fokus seiner internationalen Bemühungen rückt. Auch in diesem Politikfeld fehlt es an Transparenz und öffentlichkeitswirksamer Unterstützung. Regierungshandeln und zivilgesellschaftliches Engagement bedürfen einer deutlich verbesserten Verschränkung<sup>11</sup>. Der unlösbare Zusammenhang von Gerechtigkeit und Frieden steht im Zentrum des kirchlichen Friedensauftrages. Die ökumenische Bewegung hat sich mit der „Pilgrimage of Justice and Peace“ auf den Weg gemacht, dies in Kirche und Gesellschaft deutlicher sichtbar zu machen. Das Einbinden internationaler Akteure bekommt einen zentralen Stellenwert. Unverzichtbar ist dabei die Verschränkung der Friedens- und Nachhaltigkeitsdiskurse. Die Evangelischen Akademien werden mit ihrem aktuellen Diskursprojekt „Ohne nachhaltige Entwicklung kein Frieden“ dazu einen Beitrag leisten: Mehr Krisen und Konflikte erfordern mehr Diskurs!

*Uwe Trittman*, Studienleiter an der Evangelischen Akademie zu Berlin und der Evangelischen Akademie Villigst, Fachgruppe Friedensethik, Evangelische Akademien in Deutschland e. V. (EAD).

---

<sup>9</sup> Friedensgutachten 2018, 4.

<sup>10</sup> Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. UN-Generalversammlung 2015.

<sup>11</sup> Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030 effektiv und partizipativ gestalten. VENRO 2018.

## Literaturverzeichnis:

*Aus Gottes Frieden leben – für gerechten Frieden sorgen.* Eine Denkschrift des Rates der EKD, Gütersloh 2007.

Brot für die Welt (Hg.), *Atlas der Zivilgesellschaft. Report zur weltweiten Lage.* Berlin 2019, <https://www.brot-fuer-die-welt.de/themen/atlas-der-zivilgesellschaft/lage-der-zivilgesellschaft/> (01.02.2019).

Christoph von Marschall, *Wir verstehen die Welt nicht mehr. Deutschlands Entfremdung von seinen Freunden,* Freiburg i. Br. 2018.

„...dem Frieden der Welt zu dienen“. *Ein Diskursprojekt der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD). Ergebnisse und Empfehlungen,* Berlin 2015, <https://www.evangelische-akademien.de/publikation/dem-frieden-der-welt-zu-dienen-ergebnisse-und-empfehlungen/> (01.02.2019).

Die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung. UN-Generalversammlung 2015, <https://www.un.org/Depts/german/gv-70/band1/ar70001.pdf> (01.02.2019).

*Diskurskultur. Ein Positionspapier der Evangelischen Akademien in Deutschland e.V. (EAD),* Berlin 2012, <https://www.evangelische-akademien.de/publikation/diskurskultur-ein-positions-papier-der-evangelischen-akademien-in-deutschland-2/> (01.02.2019).

*Einmischen oder zurückhalten? Eine repräsentative Umfrage im Auftrag der Körber-Stiftung zur Sicht der Deutschen auf die Außenpolitik.* In: *The Berlin Pulse. German Foreign Policy in Perspective.* Hg. von der Körber-Stiftung, Hamburg 2018, <https://www.koerber-stiftung.de/the-berlin-pulse> (01.02.2019).

*Friedensgutachten 2018. Kriege ohne Ende. Mehr Diplomatie – weniger Rüstungsexporte.* Hg. von Bonn International Center for Conversion (BICC), Leibniz-Institut Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK), Institut für Friedensforschung und Sicherheitspolitik an der Universität Hamburg (IFSH) und Institut für Entwicklung und Frieden (INEF), Münster 2018.

*Konsens und Konflikt: Politik braucht Auseinandersetzung. Zehn Impulse der Kammer für Öffentliche Verantwortung der EKD zu aktuellen Herausforderungen der Demokratie in Deutschland.* Hannover 2017.

*Umsetzung und Überprüfung der Agenda 2030 effektiv und partizipativ gestalten. VENRO-Standpunkt 2018,* <https://venro.org/publikationen/detail/umsetzung-und-ueberpruefung-der-agenda-2030-effektiv-und-partizipativ-gestalten-hochrangiges-politisches-forum-der-vereinten-nationen-staerken/> (01.02.2019).